

sollte. dieses Postulat noch nicht be- setzt wird. | gen haben. (ade)

# IG Südufer bewirkt einen Marschhalt

## Der Berner Regierungsrat reagiert auf eine Petition.

**Brigitte Jeckelmann**

Im November haben Vertreter der Interessengemeinschaft Südufer den Berner SP-Regierungsräten Evi Allemann und Christoph Ammann eine Petition mit 6700 Unterschriften überreicht.

Die IG wehrt sich damit gegen die geplante Erweiterung der Naturschutzgebiete am Bielersee. Die Petitionäre befürchten eine zu starke Einschränkung für die Menschen, die an den Ufern des Bielersees Erholung finden und ihre Freizeit dort mit verschiedenen Aktivitäten zu Land und zu Wasser verbringen.

Die IG Südufer verlangt vom Kanton einen Marschhalt mit dem Ziel einer Gesamtplanung Bielersee.

Dem hat der Regierungsrat nun teilweise entsprochen. In der Antwort vom Freitag stellt Regierungspräsidentin Evi Allemann einen Informationsanlass für die Seegemeinden, Nutzergruppen und Schutzorganisationen in Aussicht. Dieser soll voraussichtlich im Februar oder März stattfinden.

Zudem will der Regierungsrat die Revision der beiden Schutzgebiete Aaredelta Hagneck und Seestrand Lüscherz unterbrechen und erst im Anschluss an den Infoanlass weiterführen.

Weiter vorgesehen ist ein runder Tisch mit allen Beteiligten. Ziel sei, «allenfalls noch nicht genutzte Handlungsspielräume» auszuloten, heisst es. Die Re-

gierungsstatthalterinnen von Biel und dem Seeland sollen den runden Tisch moderieren.

Irina Stork Zimmer, Gemeinderätin von Hagneck und federführend bei der Gründung der IG Südufer, will die Antwort des Regierungsrats im Namen der Interessengemeinschaft noch nicht kommentieren. Man werde Stellung nehmen, sobald sich der Vorstand getroffen und darüber diskutiert habe, sagt sie auf Anfrage.

Hintergrund: Das Aaredelta Hagneck steht seit 1954 unter Naturschutz, der Seestrand Lüscherz seit 1972. Die Beschlüsse sind inzwischen aber veraltet, der Kanton Bern will sie an die geltenden Gesetze anpassen. Als Folge davon sollen die Natur-

schutzgebiete um mehr als das Doppelte grösser werden. Künftig sollen statt elf Prozent rund 30 Prozent geschützt sein.

Wie Regierungspräsidentin Evi Allemann schreibt, sei dem Regierungsrat «die hohe Bedeutung des Bielersees und insbesondere des Südufers als Erholungsgebiet für die Bevölkerung bekannt». Dort habe die Freizeitnutzung in den letzten Jahren stark zugenommen. Als Beispiele nennt sie eine Reihe (neuer) Wassersportarten.

Darunter leide die Natur, wie Allemann unter Verweis auf wissenschaftliche Untersuchungen schreibt. Nebst Raum für die Menschen brauche es deshalb auch Rückzugsgebiete für die Tiere.